

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 4

Artikel: Die Ursachen des Zweiparteiensystems in England
Autor: Urech, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Man bedenke auch eine andere Feststellung Professor Consolazios: «Das schöpferische Leben an der europäischen Universität paßt immer noch am besten für die oberste Bevölkerungsschicht.» Wenn man jetzt in der Schweiz daran geht, die Hochschulpolitik des Bundes zum Zwecke einer wirksameren Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses zu überprüfen und den unter der kantonalen Schulhoheit stehenden Universitäten Bundesgelder zuzuleiten, müssen diese Probleme berücksichtigt werden. So wie es auch der amerikanische Fachmann sieht: «Europa kann auch selber beginnen, sich zu helfen, denn in dem Menschenmaterial, das es heute verschleudert, besitzt es eine wertvolle und unersetzliche natürliche Energiequelle. Europa hat sich auf geradezu dramatische Weise wirtschaftlich wieder erholt. Nun fällt begüterten Europäern, Industrieunternehmungen und Behörden die Verantwortung zu, die Ausbildung ihrer Jugend und die Forschungsarbeit ihrer Gelehrten zu finanzieren.»

ARNOLD URECH

Die Ursachen des Zweiparteiensystems in England

Vorbemerkung. Unter dem Titel «Régime électoral et régime parlementaire en Grande-Bretagne» par Jacques Cadart erschien 1948 in Paris in französischer Sprache als Nr. 5 der «Cahiers de la Fondation Nationale des sciences politiques» ein Buch, das für die Kenntnis der englischen politischen Verhältnisse manche neue Einsicht vermittelt. Da es offenbar nicht ins Deutsche übersetzt worden ist, hat es bei uns nicht die Beachtung gefunden, die es verdient. Wir halten uns in unserer Darstellung an diese Schrift, die wir auch zitieren.

A. U.

Die historischen Faktoren

Die Spaltung des englischen Volkes in zwei Parteien geht auf die Reformation zurück. Diese hat die Geister in religiösen und demzufolge politischen Dingen befreit. Die öffentliche Meinung interessierte sich für die öffentlichen Angelegenheiten auf dem Wege der Religion, worüber das Parlament im 16. Jahrhundert mehrmals verfügte. Von da an wagten die Geister, über theologische und politische Fragen zu diskutieren. Die Einheit des Glaubens war dahin. Infolge dieser intellektuellen und religiösen Umwälzung vervielfachten sich die *Sekten*. Die anglikanische Kirche sah sich neuen Kirchen oder religiösen Gemeinschaften gegenübergestellt, deren Mitglieder die «Heiligen», die Puritaner, die «Rundköpfe», die *Parteigänger Cromwells* während des Bürgerkrieges waren.

Der Bürgerkrieg (1642 bis 1645) zeigt die Folgen, die diese Emanzipation der Geister hatte. Die *zwei Parteien* bildeten sich, die eine hinter dem König, die andere hinter dem Parlament und Cromwell. Das System der zwei Parteien stammt also aus der Zeit des Bürgerkrieges ... Diese Teilung war *keine Klassenscheidung*, sondern eine *aus religiösen und politischen Grundsätzen*. Die Puritaner triumphierten, ließen sich aber durch ihre Strenge und ihren moralischen Rigorismus so sehr verabscheuen, daß die Restauration zum Nutzen der Königsparthei erleichtert wurde.

Die beiden großen historischen Parteien nahmen dann die Spottnamen der «Tories», das heißt Anhänger des Königs, und der «Whigs» an, die gegen die religiösen Grundsätze der Tories und ihre Verteidigung der königlichen Vorrechte Einspruch erhoben. Die neue Einreihung der Kavaliere und der Rundköpfe in diese zwei großen Parteien war von den Scheidungen, die während des Bürgerkrieges bestanden hatten, ein wenig verschieden. Die *Torypartei* blieb die Partei der *anglikanischen Kirche*. Sie führte den Kampf gegen die Dissenters, die Puritaner. Sie wollte überall den Anglikanismus wiederherstellen. Die Whigs umfaßten einen erheblichen Teil des Adels und der sogenannten Gentry (Stand der Gebildeten und Besitzenden. A. U.), deren Mitglieder sich zwar äußerlich zu den Anglikanern zählten, von denen aber manche im Herzen noch Puritaner waren, diese Aristokratie pries die *Toleranz* gegen die Dissidenten; sie wurde gebildet von jenen reichen Grundbesitzern, die mit den puritanischen Geschäfts- und Kaufleuten und ihren Interessen verbunden waren.

Die beherrschende Stellung der Aristokratie und des Reichtums

Auf beiden Seiten nahmen die Aristokratie und der Reichtum eine beherrschende Stellung ein. Die großen Landgüter entwickelten sich im Laufe des 18. Jahrhunderts auf Kosten der Kleinen. Die beiden Parteien waren von den reichen Gutsbesitzern beherrscht. Zu den religiösen und politischen, den konstitutionellen und dynastischen Gegensätzen fügten sich die Gegensätze von Personen. Die Wahlen wurden oft der Ausdruck der Kämpfe, die einander die nationalen und lokalen aristokratischen Fraktionen gegenüberstellten. Die Teilung in die zwei Parteien behauptete sich trotz allem im 18. und 19. Jahrhundert.

Diese Teilung erwuchs im wesentlichen aus Gründen des Interesses. Das normale System der Wahlkorruption wäre im 18. Jahrhundert unmöglich gewesen, ohne die beträchtlichen Summen, die der Adel, die Gentry und die reichen Geschäftsleute ausgaben, ohne zu zählen, damit die Partei triumphierte, deren Leiter und Nutznießer sie waren. Diese Privilegierten hatten nur ein Ziel: die *Oligarchie*, der sie angehörten, an die Macht zu bringen. Ehren, Adelstitel, örtlicher Einfluß, Beamtenstellen, die sie an ihre Truppen

verteilten, pekuniäre Vorteile für sich selbst, das waren die Vorteile, welche die Führer der Partei an der Macht aus ihren Wahlerfolgen zogen. Sie konnten nur hoffen, dahin zu gelangen, wenn sie die Einheit ihrer schon dauerhaft auf die religiösen und politischen Rivalitäten gegründeten Partei aufrechterhielten. Dieses System bestand im 19. Jahrhundert fort, trotz den zwei ersten Wahlreformen von 1832 und 1867. Erst nach 1885 verschwand die vorherrschende Stellung der aristokratischen Oligarchie im Schoße der zwei Parteien.

Von diesem Datum an hatten aber die demokratischen Parteien, die sich seit 1832 allmählich organisiert hatten, sehr große Geldbedürfnisse, um ihre nationalen oder lokalen Wahlfeldzüge zu führen, denn die örtlichen und regionalen Organisationen der Parteien haben immer viel gekostet. Bis zur jetzigen Epoche wurden die zur Bestreitung dieser Kosten notwendigen Summen von den reichen Aristokraten und den Industriellen geliefert. Heute bilden diese eigennützigen Schenkungen das Hauptvermögen der konservativen Parteikasse. *Einzig die Arbeiterpartei hat diese Tradition geändert.* Ihre Gelder kommen wesentlich von den Gewerkschaften her, aber man kann behaupten, daß diese eine neue privilegierte Macht im Schoße der Nation gegen diejenige der Geschäfte und der Aristokratie bilden. (Was der Verfasser eine neue privilegierte Macht nennt, stellt in Wahrheit den Sieg der englischen Demokratie dar. A. U.)

Die Verteidigung der eigenen Interessen als treibende Kraft

Die Führer der Parteien hatten als wesentliches Ziel immer, ihre Interessen zu verteidigen, entweder als Grundbesitzer, als Industrielle oder als Arbeiter. Die Anhänger des Freihandels folgten den Liberalen, die Schutzzöllner den Konservativen. Beide hatten alles Interesse, eine große Partei zu unterstützen, die geeignet war, an einem nicht allzu fernen Tage die Macht zu ergreifen. Was die Minderheiten betrifft, die gewünscht hätten, neue, weniger große Parteien zu gründen, wären sie dazu außerstande gewesen: die örtlichen politischen Organisationen, ohne die jeder Wahlfeldzug sehr schwer ist, kosten zuviel, als daß ein Kandidat ohne die Unterstützung einer großen Partei aufgestellt werden könnte. Ferner hörten seit dem 17. und 18. Jahrhundert die Wahlkosten, welche die Kandidaten zu bezahlen hatten, nicht auf, anzuwachsen, und erst im Jahre 1918 wurden die materiellen Kosten dem Schatzamt belastet; bis dahin waren die Errichtung der Wahlbüros, die Entschädigung der Funktionäre, welche die Wahl organisierten, ihre Fahrtkosten, die Kosten für den Druck der Stimmzettel und die besondern Gebühren, die sehr beträchtliche Summen erreichten, von den Kandidaten zu bezahlen. *Die Begrenzung der Kosten des Wahlfeldzuges wurde erst von 1885 an wirksam. Selbst nachher aber blieben die Höchstbeträge sehr hoch. Sie sind es noch heute.*

Die Kautions von 150 Pfund, die dem Kandidaten nicht zurückbezahlt wird, wenn er nicht einen Achtel der Stimmen erhält, kommt zu all diesen Ausgaben noch hinzu. Nur die Angehörigen der reichen Klassen und die Gewerkschaften sind imstande, solche Ausgaben zu ertragen. So ist es seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts; daher sind die Kandidaten die gehorsamen Agenten der Parteien geworden: ohne die Etikette «Tory», dann «Liberal» und heute «Arbeiterparteiler» ist es sehr schwer, gewählt zu werden.

Die verfassungsmäßigen Faktoren: das Recht der Auflösung und das Wahlsystem

Es scheint indessen nicht, daß der finanzielle und der traditionelle Faktor genügt hätten, das Zweiparteiensystem aufrechtzuerhalten. *Verfassungsmäßige oder scheinkonstitutionelle Faktoren*, das heißt *das Recht der Auflösung und das Wahlsystem, haben auch eine wesentliche Rolle gespielt*.

Das Recht der Auflösung des Unterhauses ist ohne Zweifel einer der für das Studium der britischen Verfassung heikelsten Punkte. Es ist (nach der Meinung des Verfassers!) nie gründlich untersucht worden. Sein Einfluß auf das Zweiparteiensystem und auf die Kabinettsregierung ist schlecht bekannt. Es würde eine umfassende Untersuchung verdienen. Mangels dieser Studie muß man sich darein schicken, sich seine auffallendsten Eigentümlichkeiten zu merken. Im 18. Jahrhundert verfügten die Whigs unter den Königen aus dem Hause Hannover nach ihrem Belieben über alle königlichen Befugnisse. Sie benutzten das Recht der Auflösung, wie es heute das Kabinett tun würde, abgesehen vom Unterschied der Beziehungen zwischen der Regierung und den Wählern.

Nach 1760 gewann Georg III. die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten wieder zurück, indem er sich auf die Tories stützte. Das Recht der Auflösung wirkte weiterhin im selben Sinne, aber zugunsten der Torypartei. Nach 1788, dem Jahr des Verlustes der amerikanischen Kolonien und dem Ende der persönlichen Herrschaft Georgs III., bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte das Recht der Auflösung einem Monarchen, der nicht mehr regierte, der sich aber weigern konnte, davon Gebrauch zu machen, trotz dem Begehrten des Premierministers, der diesem Gesuche nur unter Bedingungen zustimmte. Der Premierminister verfügte über diese Befugnis nicht mehr so vollständig wie unter den zwei ersten Hannoverschen Königen. Ohne Zweifel hatte das Recht der Auflösung noch ähnliche Wirkungen zugunsten der Partei an der Macht, aber mit geringerer Wirkung.

Allmählich ging dieses königliche Vorrecht von der Krone an die Regierung über, in deren Händen es *eine unvergleichliche Waffe zur Beherrschung der parlamentarischen Mehrheit wurde*. Der Ministerpräsident, der Führer der Partei an der Macht, konnte von dieser Zeit an die Auflösung als aus-

gesprochene oder stillschweigende Drohung gebrauchen, um die Mitglieder seiner Partei zu nötigen, für die Maßnahme zu stimmen, die er wünschte. *Die parlamentarische Disziplin*, die sich daraus ergab, verstärkte die Disziplin im Innern der Partei. Von da an konnte ein gegen seine Partei stimmendes Parlamentsmitglied daraus ausgestoßen werden. Einmal geächtet, wird seine Wiederwahl sehr heikel, sofern er nicht ins Lager der Opposition übergeht. Wenn eine wichtige Gruppe der Mehrheit Gelüste zeigt, nicht gemäß den Wünschen der Regierung zu stimmen, weiß er, daß die in Minderheit versetzte Regierung sich selten damit begnügen wird, zu demissionieren, sondern das Unterhaus auflösen wird, um an das Land zu appellieren.

Kein Abgeordneter betrachtet die Perspektive neuer Wahlen mit allen Mühen, Ausgaben und Zufällen mit Vergnügen. Diese Anwandlungen werden nur unter ernsten Umständen Gestalt annehmen. Davon abgesehen, werden sie sich nur durch einige Protestreden im Parlament oder im Schoße der parlamentarischen Partei bekunden. Die Disziplin der Partei an der Macht nötigt die Opposition indirekt, ihren Zusammenhang gegenüber dieser vereinten Front aufrechtzuerhalten.

Das Auflösungsrecht als Voraussetzung des Wahlsystems

Es ist zu beachten, daß das Mehrheitssystem mit einem einzigen Wahlgang das Recht der Auflösung beinahe notwendig voraussetzt. *Die grobe Entstellung der Vertretung der öffentlichen Meinung*, die es herbeizuführen nicht verfehlen wird, würde zu einer derart ernsten Scheidung zwischen der Zusammensetzung des Unterhauses und den Tendenzen der öffentlichen Meinung unter gewissen ernsten Umständen führen, daß die Unmöglichkeit der Auflösung Unruhen oder vielleicht einen Staatsstreich nach sich ziehen könnte.

Zur Aufrechterhaltung des Zweiparteiensystems bedarf es eines entsprechenden Wahlsystems. Die *Einzelwahl mit einem Wahlgang* im traditionellen und verfassungsmäßigen Rahmen der britischen Politik schaltet jede dritte Partei, die nicht einem tiefen und allgemeinen Bedürfnis entspricht, aus. Wenn sie drei Parteien eine Zeitlang miteinander zu bestehen erlaubt, wird sie bald die schwächste verschwinden lassen, sei es, daß ihre Existenz weniger notwendig ist als die jeder der beiden andern für den Ausdruck der öffentlichen Meinung, sei es, daß ihre Leiter genügend taktische Fehler gemacht haben, um sie, mindestens zeitweise, in eine inferiore Stellung zu bringen... Ein Kenner des britischen Wahlsystems urteilt darüber wie folgt: «Normalerweise muß dieses System die dritte Partei vernichten und verschwinden lassen und die Nation zwingen, in den Rahmen des Zweiparteiensystems zurückzukehren.» Die Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg haben diesen Erfahrungssatz bestätigt; die Wahlen von 1923 bis 1929, die keiner der drei

Parteien die absolute Mehrheit verschafften, führten trotzdem zu keiner Koalitionsregierung, sondern zu einheitlichen Arbeiterregierungen, die aber keinen langen Bestand hatten.

Die Auflösung zur Wiederherstellung des parlamentarischen Gleichgewichts

Die Regierung griff zur Auflösung des Parlaments, um das parlamentarische Gleichgewicht wiederherzustellen. Die Wahlen von 1931 und 1935 mit ihren großen konservativen Mehrheiten gereichten England und der ganzen Menschheit zum Schaden, weil sie eine engstirnige, selbstsüchtige Außenpolitik, die den Völkerbund lähmte, führen mußte. Die dritte Partei ist zu einer unbedeutenden Rolle verurteilt, auch wenn sie eine ansehnliche Stimmenzahl aufbrachte. Die Folge davon ist die Ausschaltung der schwächsten Partei: *das Verschwinden der Liberalen war im Jahre 1935 vollzogen*. Je nach der Wahlsituation in den einzelnen Wahlkreisen werden die Liberalen sich den Konservativen oder der Arbeiterpartei zuwenden. Die jüngste Entwicklung (das heißt bis 1948! A. U.) hat der Liberalen Partei wieder einen Zuwachs an Wählern, nicht aber an Abgeordneten gebracht. So sind die Liberalen mit rund zwei Millionen Wählern mit ganzen sechs Abgeordneten im jetzigen Unterhaus vertreten.

JAKOB BÜHRER

Der Weg zum Frieden

(Fortsetzung)

Ja, diese Hoffnung auf ein schrittweises Hinüberwachsen in eine neue, kaum geahnte Wirklichkeit bestünde, wenn ... es die Atombombe nicht gäbe, wenn es den Zwiespalt zwischen Ost und West nicht gäbe, wenn nicht eine unvermeidlich scheinende Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß drohte. Das aber ist

das unerhört Neue

in der historischen Entwicklung, vor dem alles andere geringfügig wird. In diese Situation hat uns der Sozialismus, die soziale Bewegung gebracht. Die kapitalistische Wirtschaft führte in die beiden Weltkriege hinein. Die soziale Bewegung stellt uns vor den dritten und offenbar letzten. Denn wenn es auch wahr ist, daß das Streben nach der Macht zum Zusammenprall von Ost und West führt, so geht es letztlich bei diesem Machtkonflikt nicht nur angeblich, sondern wirklich um «das Heil der Welt». Das behaupten sie auch